



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

SECO
Arbeitnehmerschutz
Effingerstrasse 31
3003 Bern

Ort, Datum
Ansprechpartner

Bern, 29. November 2012
Martin Bienlein

Direktwahl
E-Mail

031 335 11 35
Martin.bienlein@hplus.ch

Neuer Artikel 73a der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz: Anhörungsantwort von H+

Sehr geehrte Damen und Herren

Zufällig haben wir von der laufenden Anhörung zum neuen Artikel 73a der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz erfahren. Da die Vorlage unsere Mitglieder direkt betrifft, nehmen wir die Gelegenheit wahr, dazu Stellung zu nehmen.

H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Uns sind 250 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen als Aktivmitglieder an 372 Standorten sowie über 200 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. H+ repräsentiert Gesundheitsinstitutionen mit rund 185'000 Erwerbstätigen. Wir bitten Sie, uns in Zukunft direkt zu Vernehmlassungen und Anhörungen einzuladen, die für uns relevant sind.

Unsere nachfolgende Vernehmlassungsantwort beruht auf einer Umfrage bei unseren Mitgliedern.

Art. 73a ist erster Schritt in die richtige Richtung

Grundsätzlich begrüssen wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeiterfassung für gewisse Gruppen von Arbeitnehmenden und unterstützen den neuen Art. 73a grundsätzlich als ersten Schritt in die richtige Richtung.

Spitäler befürchten administrativen Aufwand

Die vorgesehene Neuregelung hätte aber auch negative Konsequenzen für die Spitäler und Kliniken als Arbeitgeber: Die notwendigen, individuellen, schriftlichen Abmachungen haben einen erheblichen administrativen Mehraufwand zur Folge. Da ein jährlicher Widerruf der Arbeitnehmenden vorgesehen ist, würde zudem ein Aufwand für die Kontrolle anfallen.

Lohngrenze muss deutlich tiefer sein als CHF 175'000

Die Lohngrenze von CHF 175'000 steuerbares Bruttoerwerbseinkommen erachten wir im Gesundheitswesen als deutlich zu hoch. Stattdessen schliessen wir uns dem Vorschlag des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes an, der eine Lohngrenze in der Höhe des UVG-Lohnes fordert.

Ungelöste Probleme

Trotz des Verzichts auf die Arbeitszeiterfassung gelten weiterhin die Unterstellung unter die maximalen Arbeitszeiten und die minimalen Ruhezeiten des Arbeitsgesetzes. Bei allfälligen Klagen gegenüber Spitälern und Kliniken stellt sich deshalb die Frage, wer dann bei Nichterfassung dieser Zeiten haftet: der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmende. Diese Frage sollte das SECO klären, um spätere Streitigkeiten möglichst zu vermeiden oder um eine klare Beweislage in den Verfahren zu haben. Unklar sind zudem die Fristen des Widerrufsrechts der Angestellten.

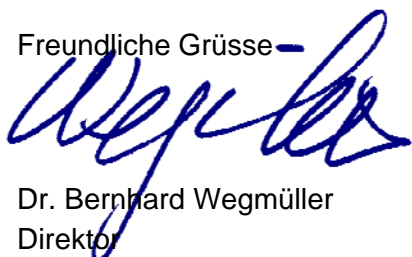
Weitergehende Revisionen wünschenswert

Die Arbeitszeiterfassung gehört nicht zu den grössten Problemen, die die Spitäler und Kliniken mit dem Arbeitsgesetz und den entsprechenden Verordnungen haben. Es ist wichtig, auch andere Revisionen anzustreben, beispielsweise eine durchschnittliche Arbeitszeit pro Monat statt pro Woche und die vollumfängliche Befreiung gewisser Gruppen von den Regelungen zur Arbeits- und Ruhezeit.

Im Übrigen schliessen wir uns der Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes an.

Wir danken Ihnen für die Aufnahme unserer Anliegen und stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse –



Dr. Bernhard Wegmüller
Direktor